

Presseerklärung zur Personenfeststellung in der Brunnenstrasse 183 am 01. August 2007

Es gibt keine anonyme Zivilgesellschaft! Mit Transparenz und Offenheit für die Konfliktlösung „Brunnenstrasse 183“!

Selbst zum Gespräch am Runden Tisch wollten die meisten BewohnerInnen der Brunnenstrasse anonym bleiben. Name und bewohnte Räume werden verschwiegen oder sind irreführend, die Annahme von Postsendungen wird verweigert. Konfrontation und Verweigerung, Verwirrung stiften und Zeitverzögerungen produzieren, den Zivilrechtsweg aushebeln, so sieht die Strategie des „Projekt Brunnenstrasse 183“ aus. Ganz zu schweigen vom Affront, dass während der Bemühungen um einen Runden Tisch und um eine Mediation neue Wohnungsbesetzungen erfolgten!

Zivilgesellschaft und Rechtsstaat erfordern ein offenes Visier! Aus diesem Grund blieb kein anderer Weg als die Personenfeststellung, um die Namen der sich als Mieter bezeichnenden BewohnerInnen und die von ihnen genutzten Räume erfahren zu können. Die Maßnahme am **01. August 2007** war eigentlich überfällig. Genügend Zeit, Farbe zu bekennen und die Beweise für ihre Behauptungen von Mietverträgen auf den Tisch zu legen, hatten die BewohnerInnen allemal. Das jetzige Wehgeschrei ist schmerzendes Selbstmitleid, sonst aber völlig grundlos.

Die Personenfeststellung hebt keinesfalls das sozial ausgewogene Angebot an die BewohnerInnen auf, das ich ihnen am 15. März 2007 unterbreitet habe:

Der bisher im Haus lebende und gemeldete Rentner kann auch nach der Sanierung im Haus bleiben (Senioren-WG). Übrige BewohnerInnen, die am 30. Jan. 2007 ihren Wohnsitz in der Brunnenstr. 183 hatten, erhalten bevorzugt Mietverträge, die sich am Mietzins einer Genossenschaftswohnung orientieren. Voraussetzung ist die Gewährleistung der notwendigen Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen und die Akzeptanz einer bei sanierungsbedingtem Bedarf notwendigen, adäquaten Umsetzwohnung.

Der Umsonstladen ist ein unterstützenswertes Projekt. Falls die Betreiber des Umsonstladens auf die kostenlose Nutzung von Räumen bestehen, müsste der Bezirk bzw. Senat, also die öffentliche Hand, für eine Finanzierung dieses Projekts sorgen. Da für den Umsonstladen größere Lagerflächen notwendig sind, bieten sich als Ersatz mehrere leerstehende Immobilien des Bezirks an. Prinzipiell kann auch für den Umsonstladen ein Gewerbemietvertrag abgeschlossen werden. Für eine kurze Übergangsfrist könnten günstige Sonderkonditionen vereinbart werden. Der Betrieb des Ladens ist allerdings leider von mir nicht finanzierbar.

Ich stehe den BewohnerInnen weiterhin zur Konkretisierung der von mir gemachten Angebote zur Verfügung.

Passau, 01. August 2007

Dr. M. Kronawitter